



Klartext aus Spandau



Foto: SPD-Spandau

Am Samstag wird **Hans-Georg Lorenz**, auf dem Foto mit seinem politischen Ziehsohn **Raed Saleh**, 80 Jahre alt. Heute, zwei Tage vor seinem Geburtstag, nimmt er sich noch die Zeit, um mal wieder seinen „Lieben Genossinnen und Genossen“ die Leviten zu lesen. Seit Jahrzehnten sind das seine Parteifreunde von ihm gewohnt. Er teilt ihnen unverblümt mit: „Ich bitte Euch, der Koalition mit der CDU zuzustimmen – auch wenn das Überwindung kosten sollte.“

Diese Aussage könnte vielleicht dazu führen, dass ihm einige seiner linken Genossen doch nicht zum Geburtstag gratulieren werden. Denn, wer sich derzeit in der Berliner SPD für Schwarz-Rot ausspricht, ist Beschimpfungen, Beleidigungen und Verunglimpfungen ausgesetzt. Der **Tagesspiegel-Checkpoint** berichtet jeden Morgen darüber, wie sich die Genossen auf Twitter fetzen. Was sich derzeit in der Berliner SPD abspielt, ist unterirdisch. Egal, wie das Mitglieder-Votum in der kommenden Woche ausgeht, die jetzt aufgerissenen Gräben werden sich so schnell nicht wieder zuschütten lassen.

Nicht unbedeutende Partei-Funktionäre sind fest davon überzeugt, dass das Mitgliedervotum scheitern wird und es doch noch die Möglichkeit für die Fortsetzung von Rot-Grün-Rot gibt. Dass in diesem Falle **Franziska Giffey** und **Raed Saleh** nicht mehr Par-

teivorsitzende sein können, wird billigend in Kauf genommen: „Aufwind bekommen die Schwarz-Rot-Gegner in der SPD durch eine CDU-Personalie.“, schreibt Tagesspiegel-Chefredakteur **Lorenz Mauroldt** heute Morgen in seinem Newsletter. „Der Neuköllner Sozialstadtrat **Falko Liecke** soll Jugendstaatssekretär werden. Sogar in seiner eigenen Partei gilt Liecke als Hardliner bei der Integrationspolitik. So regte er u.a. die ‚Inobhutnahme‘ von Kindern aus kriminellen Großfamilien an, um die ‚Vererbung‘ krimineller Karrieren zu durchbrechen. Nach den Silvesterkrawallen nannte er den ‚Gipfel gegen Jugendgewalt‘, einberufen von **Franziska Giffey**, einen ‚Showgipfel‘ und forderte ein härteres Durchgreifen der Polizei.“

Wer eine Koalition unter Beteiligung der Grünen wünscht, „wählt – bewusst oder aus Unkenntnis der Folgen – den Untergang der Berliner SPD für wenigstens zwei Legislaturperioden.“, schreibt Lorenz und begründet es wie folgt: „Die Grünen sind nämlich weder links noch sozial noch friedfertig. Und eine Politik der Integration wollen sie schon gar nicht. Sie repräsentieren eine Schicht, die glaubt, Vorbedingungen einer Zukunftsgesellschaft radikal durchsetzen zu dürfen – weil sie es sich leisten können. Menschen mit geringem Einkommen und geringerer Bildung und Ausbildung kommen in deren Gesellschaftsbild gar nicht vor. Eine soziale Partei kann mit einer solchen politischen Richtung keine erfolgreiche Verbindung eingehen.“

Auch über die Linke kommt Klartext vom Spandauer Rechtsanwalt Lorenz, der auf anwalt.de mit fünf Sternen = Sehr gut, bewertet wird: „Über die Linke braucht man kein Wort zu verlieren. Die ist nicht nur in Auflösung begriffen, sie ist auch verlogen. Von einer Partei, die den öffentlichen Wohnungsbestand verramscht hat und ihn nun teuer zurückholen will, wird auch dann keine linke Partei, wenn sie diesen teuren Kauf als basisdemokratische Enteignung tarnt.“

Die Bevölkerung habe, so Lorenz, „auch schon bei der vorletzten Wahl deutlich gemacht, dass sie diese unselige Koalition beendet wissen will.“ Und da die SPD nicht hörte, „hat sie uns ein furchtbares Wahldebakel beschert. Wenn die SPD dieses Menetekel immer noch nicht versteht, wird sie in die Bedeutungslosigkeit fallen.“ Und deshalb meint der noch 79-jährige: „Zu verhindern, dass wir mit den Grünen zusammengehen, ist daher das vordringliche Ziel.“

„In dieser Berliner SPD“, schreibt Lorenz, „kann sich niemand rühmen, früher und energischer gegen eine



*Große Koalition gekämpft zu haben als ich. Als gleichwertige Kämpferin kann ich nur **Gerlinde Schermer** nennen. Es waren sehr grundsätzliche, aber auch aktuelle Bedenken, die uns bewegten, eine dauerhafte Vereinigung mit der anderen Volkspartei abzulehnen."*

„Die Zusammenarbeit mit der CDU – so weit ist es gekommen – ist die einzige Möglichkeit, die der Berliner Bevölkerung eine Regierung beschert, die Fortschritt auf eine sozial verträgliche Art erarbeitet. Die CDU ist eine Volkspartei und kann es sich nicht leisten, einige hundert Meter Friedrichstraße höher zu bewerten als die Obdachlosigkeit in Berlin."

Hans-Georg Lorenz hat sich als Rechtsanwalt jahrzehntelang erfolgreich für die Rechte der Migranten in Berlin eingesetzt. Er ist zu der Erkenntnis gelangt: *„Auch die Ausländerfeindlichkeit der CDU wird von den Migrantinnen und Migranten ganz offensichtlich anders gesehen als von den Repräsentanten der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Migration. Die Migrantinnen und Migranten haben nämlich in ihrer Mehrheit die CDU gewählt und nicht die SPD und schon gar nicht die Grünen. Und das zu Recht! Denn es sind die ärmeren Schichten der Bevölkerung – und damit auch die Bürgerinnen und Bürger mit echtem Migrationshintergrund –, die unter Wohnungsnot, steigender Kriminalität und versagender Integration leiden."*

Und weiter: *„Wer nicht bemerkt, dass die SPD und vor allem die Grünen von der Mehrheit der Migrantinnen und Migranten abgelehnt werden, hat jede Beziehung zu dieser Basis verloren und soll sich nicht anheischig machen, er vertrete deren Interessen."*

Lorenz schließt sein Schreiben an die Parteimitglieder mit den Worten: *„Die Koalition mit der CDU ist gegenwärtig die einzige Option, die Teile der Bevölkerung durch die schwierige Zeit der notwendigen Anpassungen an eine zukünftige Gesellschaft zu führen, die der Hilfe und Obhut des Staates bedürfen."*

Von den Gegnern der Koalition wird Lorenz vermutlich einen Twitter-Shitstorm zum Geburtstag geschenkt bekommen. Kaum einem anderem als ihm, geht das mit Sicherheit am Allerwertesten vorbei.

Ed Koch